

Schwarz-Rot greift zur großen Spritze

Ulla Schmidt setzt auf einen Systemwechsel

Die Finanzierung des Gesundheitssystems steht vor einem grundlegenden Systemwechsel. Die Große Koalition plant ihre Entkoppelung vom Lohn und den Einstieg in die Steuerfinanzierung.

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

■ **Berlin.** Vielleicht wäre der Begriff „ein Herz und eine Seele“ etwas zu hoch gegriffen. Aber die SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und der CSU-Gesundheitsexperte Wolfgang Zöllner geben schon ein einträchtiges Bild ab, als sie die Öffentlichkeit von dem Gesundheitsgespräch im Kanzleramt unterrichten. Noch liegt kein abstimmsreifes Konzept für eine Gesundheitsreform vor, doch die Große Koalition hat sich unerwartet konkret auf gemeinsame Ziele verständigt und greift zur großen Spritze. Und schon heute bildet sich die 16-köpfige Arbeitsgruppe, die neue Finanzierungsmodelle durchrechnen soll. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe hat Ulla Schmidt inne. Ohne die Aachener Sozialdemokratin wird es keine Gesundheitsreform geben. Auch wenn die höchst eigenwillige Ministerin selbst unter Genossen nicht nur auf Beifall stößt, hält sich Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Kleiderordnung: Ohne die zuständige Fachministerin läuft nichts. Darüber hinaus haben die Debatten parteiübergreifend das Urteil bekräftigt: In dieser komplexen Materie kennt sich kaum jemand so gut aus wie Schmidt.

Union und SPD haben sich auf acht Ziele geeinigt. Zum Beispiel sind sich Schmidt und Zöllner einig: „Es wird keine kleine Lösung geben.“ Die neue Reform soll für lange Zeit tragfähig bleiben. Ulla Schmidt: „Es geht dabei nicht nur um eine grundlegende Reform der Finanzen, sondern auch um eine Änderung der Strukturen.“ Die Anbieterseite soll unter die Lupe genommen werden. Eine höhere Durchlässigkeit von ambulanter und stationärer Behandlung etwa steht auf dem gemeinsam formulierten Wunschzettel. Auch die Honorierung der Ärzte ist auf dem Prüfstand. „Es gibt keine Tabus“, verkünden Schmidt und Zöllner unisono.

Alle Menschen sollen Versicherungsschutz genießen und am medizinischen Fortschritt teilhaben, unabhängig von ihrem Geldbeutel. Der Leistungskatalog soll nicht ausgedünnt, sondern nur von Verfahren entripelt werden, die nicht mehr dem modernen Stand der Medi-

zin entsprechen.

Jeder Einzelne soll gemäß seiner „wirtschaftlichen Leistungskraft“ an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligt werden. Was heißt das? Der Faktor Arbeit soll entlastet und die Finanzierung verbreitert werden – auch darin stimmen nun beide Seiten überein. Das bedeutet, dass das lohnbasierte Umlagesystem tendenziell an Bedeutung verliert und erstmals im Gesundheitssystem die Steuerfinanzierung in den Mittelpunkt rückt. Das neue Finanzierungsinstrument wäre somit der „Gesundheits-Soli“.

Noch ist nicht klar, ob solch ein Steuerzuschlag vom gesamten

Bruttoeinkommen oder nur von der Steuerschuld erhoben werden soll. Damit wäre aber auf jeden Fall bei der Beitragserhebung das ursprünglich von der Union favorisierte Modell der Kopfpauschale vom Tisch.

Es läuft also auf eine Mischfinanzierung hinaus: Soli auf der einen, Beiträge auf der anderen Seite. Sämtliche Gelder finden gemeinsam Eingang in einen großen Topf. Aus diesem Fonds könnte an jede Krankenkasse abhängig von deren Mitgliederzahl und Mitgliederstruktur eine feste Pauschale fließen, was nebenbei bemerkt die Kassen von vielerlei Verwaltungsaufgaben entlasten würde. In solch einem System bedarf es übrigens nicht des Einfrierens der Arbeitgeberbeiträge, um die Lohnkosten zu senken, denn die Beiträge (auch die der Arbeitnehmer) würden sowieso nicht mehr steigen, sondern unter Umständen sogar sinken. Künftige Ausgabenerhöhungen im System, die schon aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts wohl unvermeidlich sind, würden nur noch über die Anhebung des Gesundheitssolis aufgefangen werden.

Beide Seiten sind sich einig, dass solch ein grundlegender Systemwechsel nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann. „Schritt für Schritt“ soll die Umstellung vor sich gehen, heißt es. Und wie bei allen großen Lösungen steckt der Teufel im Detail. Die SPD möchte in dem neuen System künftig die privaten Krankenkassen genauso behandeln wie die gesetzlichen. Noch ist nicht klar, ob sich die Union darauf einlassen wird.

Ab heute werden über diese und weitere Einzelheiten 16 Politiker in der Arbeitsgruppe beraten. Unter anderem sind mit dabei: aus Nordrhein-Westfalen Birgit Fischer (SPD) und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) sowie die Abgeordneten Hildegard Müller (CDU) und Karl Lauterbach (SPD).



In einer anderen Welt: Der Auto-Tester, der Sitz und der Stick in der Hand zum Bedienen sind echt. Den Rest gibt es nur virtuell. Mit dem Plastikgerät in der Hand kann das Lenkrad angefasst oder der Spiegel verstellt werden.

FOTOS: VOLKSWAGEN

Der virtuelle Volkswagen

Wie die Konstrukteure bei VW Autos von morgen entwickeln

Mit Know-how aus Bielefeld tüfteln die Autobauer bei Volkswagen in Wolfsburg an den neuesten Modellen. Dort, wo die Geheimhaltung am größten ist, wird im virtuellen Raum gearbeitet.

VON ELMAR KRAMER

■ **Wolfsburg/Bielefeld.** Die künstliche Hand greift zum Innenspiegel. Ein wenig nach rechts, ein bisschen nach oben, dann ist er richtig eingestellt. Michael Symietz sitzt im Auto von morgen, in einem virtuellen. Die Straßenkreuzung ist nicht echt, auch nicht die Ampel und der Bürgersteig. Die Fahrertür ist virtuell, lässt sich aber öffnen; das Lenkrad ist virtuell, lässt sich aber drehen; die Handbremse ist virtuell, lässt sich aber ziehen. Das einzig Echte ist der Autositz. Im Visualisierungszentrum von Volkswagen in Wolfsburg hat die virtuelle Revolution begonnen. Informatiker Symietz steckt mittendrin.

Wie ein Joystick mit Fühlern sieht die künstliche Hand in der echten Hand von Symietz aus, ein Plastikgerät mit Fühlern. Die Fachleute nennen es Fly-Stick. Die große, schwarze Brille in Symietz' Gesicht erinnert an den Cyberspace. Sie ist größer als italienische Designersonnenbrillen und hat mehrere fünf Zentimeter lange Antennen mit kleinen grauen Kugeln. Sie senden Signale aus, damit der Computer weiß, wohin der Fahrer blickt. In Echtzeit werden die dreidimensionalen Objekte bewegt und verändert, selbst Schattenspiegeln werden realistisch dargestellt – so täuschend echt, dass mancher im Autocoockpit nach ein paar Minuten den Joystick auf den Beifahrersitz legen will, den es gar nicht wirklich gibt. In einer neueren Variante gibt es ei-

„Gib mir das Rad“

■ Wenn die VW-Autobauer Technologien von morgen anwenden, arbeiten die Forscher an der Universität Bielefeld an den Technologien von übermorgen. Wissenschaftler der Technischen Fakultät sind auf gutem Wege, ein einfaches Auto komplett zu montieren – virtuell. Die Arbeitsgruppe Wissensbasierte Systeme um Informatik-Professor Ipke Wachsmuth kooperiert mit VW und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit mehr als einer Million Euro gefördert. Die

Anwendung in der virtuellen Werkstatt sieht ähnlich aus wie bei VW: Informatiker Marc Latoschik steht im Zukunftslabor der Uni, ausgerüstet mit einem Datenhandschuh, und gibt dem Rechner Zeichen und Anweisungen, welches Autoteil dieser ihm bereitstellen soll: „Gib mir das Rad.“ Das Rad wird genommen und nach Anweisung mit dem Fahrwerk montiert. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann weitere Forschungsergebnisse der Bielefelder im Automobilbau zum Einsatz kommen. (ekr)

nen Datenhandschuh mit Sensoren an den Fingerkuppen.

Die blaue Box schafft die Autowelt von morgen. In einer Art 3-D-Kino werden Autos erlebt, die in zwei oder drei Jahren auf den Markt kommen sollen. In der größten Automobilfabrik der Welt gibt es kaum Abteilungen, in denen es mehr Geheimhaltung gibt. 20 Millionen Euro hat Volkswagen für diese Technik in Visualisierungszentren investiert.

Ein Baustein für das Produzieren der Zukunft ist die Arbeit des Informatikers Michael Sym-



Augen auf fürs Automobil: Informatiker Michael Symietz mit 3D-Brille und Bedien-Stick in der Hand vor virtuellem Motorraum.

tenersparnis erhofft sich Volkswagen von der neuen Technologie. „Unser Ziel ist, im Prozess der Produktentstehung immer später auf Hardware, also wirkliche Modelle, zurückgreifen zu müssen“, sagt Michael Symietz.

Ein Fachmann für Ergonomie setzt sich zum Beispiel in das virtuelle Auto und kann direkt sagen, ob etwa die Abstände zum Spiegel stimmen oder die Position des Türgriffs passt. Ein paar Klicks am Rechner, und es wird passend gemacht. Der Designer schaut sich auf einer Projektionswand an, wie die Oberflächen verlaufen, wie die Fugen aussehen, wie der Lack wirkt. Ein paar Klicks am Rechner und weiter geht es. Früher musste dafür einer von Dutzenden Prototypen erhalten, der dann immer wieder modifiziert wurde. Und wenn sich ganz am Anfang ein Fehler eingeschlichen hatte, ging fast alles wieder von vorne los.

Der Autoingenieur öffnet die virtuelle Motorhaube. Wie soll ein Kabel vom Wasserbehälter zum Motor verlegt werden? Mit dem Stick in der Hand geht er an den Anschlussstutzen. Welcher Verlauf des Kabels ideal ist, wo es Überschneidungen mit anderen Bauteilen gibt, wird so herausgefunden. Der Schlauch verfügt über künstliche Intelligenz, das heißt: Er weiß, was er kann, wo er andocken darf und wo nicht. Der Ingenieur kann virtuell hineinkriechen in den Schlauch, um ihn zu überprüfen.

Am Ende geht es nur mit der wirklichen Welt. „Wenn ich wissen will, wie sich ein Autolenkrad oder ein Schalter anfühlen, wie es im Innenraum riecht, dann muss ich in ein echtes Auto einsteigen“, sagt Michael Symietz von den Wolfsburger Autobauern. 200 Kilometer weiter westlich wird in Bielefeld daran gearbeitet, einen kompletten Wagen zusammenzubauen mit Hilfe vieler intelligenter, lernender Systeme – in der Cyberwelt.

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Wenn man Ihrer Politik vertrauen würde, dann kann man auch den Würger von Boston um eine Halsmassage bitten.«

Klaus Ernst, stellvertretender Fraktionschef der Linkspartei, im Bundestag zur Rentenpolitik der Bundesregierung

Zahl des Tages

30.000

Frauen

in Deutschland haben Schätzungen zufolge eine Genitalverstümmelung über sich ergehen lassen müssen. Laut Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sind Genitalverstümmelungen bei Frauen auch in Deutschland ein Problem. „Wir haben lange Zeit gedacht, dass das für uns kein Thema ist“, sagte Schmidt in Berlin. Weltweit sind etwa 150 Millionen Frauen und Mädchen von den als Beschneidungen bekannten Eingriffen betroffen. Immer mehr Migrantinnen, die eine Genitalverstümmelung erlitten haben, suchen auch in Deutschland einen Arzt auf.

Kopf des Tages



Bruce Willis

Der Hollywoodstar (51) hat mit dem Gericht aufgeräumt, er sei Anhänger der Bush-Regierung. „Ich hasse Regierungen“, sagte er in einem Interview. „Wir können unsere Politiker nicht beeinflussen. Die interessieren sich einen Dreck für uns. Ich bin kein Republikaner“, wird er zitiert.

Berlusconi fordert UN-Beobachter

■ **Rom** (dpa). Kurz vor der Parlamentswahl in Italien hat Ministerpräsident Silvio Berlusconi gefordert, dass Beobachter der Vereinten Nationen für einen regulären Urnengang sorgen sollen. „Sie müssen kommen, um uns vor diesen Herren (der Mitte-links-Opposition) zu beschützen. 200 Kilometer weiter westlich wird in Bielefeld daran gearbeitet, einen kompletten Wagen zusammenzubauen mit Hilfe vieler intelligenter, lernender Systeme – in der Cyberwelt.“

Deutschland macht dicht – Zuflucht ja, Asyl oft nein

Zahl der Flüchtlinge in der Bundesrepublik geht weiter stark zurück / Innenministerium bestreitet Abschottungspolitik

Schwere Zeiten für Asylbewerber in Deutschland: Nur 21 Flüchtlingen wurde im Februar der begehrte Status zuerkannt, der zum dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik berechtigt.

VON MARC UTHMANN

■ **Berlin/Bielefeld.** Die Zahl der Asylanträge ging weiter zurück. Ein Trend, der sich in OWL bestätigt. Pro Asyl kritisiert den deutschen Umgang mit Flüchtlingen erneut scharf.

Im Februar kamen nur 1.779 Asylbewerber nach Deutschland – fast 10 Prozent weniger als im Januar. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank die Zahl der Antragsteller in den ersten beiden Monaten des Jahres sogar um 15,4 Prozent.

Diese Entwicklung können auch die für OWL zuständigen Behörden bestätigen. „Unsere Region liegt im bundesweiten Trend“, sagt Torsten Böhlting, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Bielefeld, die es mit Asylbewerbern aus den Regierungsbezirken Detmold, Münster und Arnsberg zu tun hat. „Im Januar hatten wir 195

Asylbewerber, im Februar nur noch 152.“ Im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Rückgang: Im Januar 2005 hatten sich noch 247 Flüchtlinge bei der Bielefelder Behörde um Asyl bemüht, im Februar 229.

Böhlting führt verschiedene Ursachen an: „Zum einen werden die Asylverfahren deutlich beschleunigt. Da treffen potenzielle Antragsteller eine ökonomische Entscheidung. Häufig kommen sie mit Schlepperorganisationen ins Land, für die sie viel Geld bezahlen.“ Wenn ihnen dann nach kurzer Zeit die Abschiebung drohe, könnten sie gar nicht genügend Geld verdienen, um ihre Flucht zu finanzieren.

Weiterhin seien andere Länder in Europa mittlerweile attraktiver für Flüchtlinge als Deutschland, weil dort die Arbeitsaufnahme leichter sei.

Besonders mickrig mutet derzeit die Zahl von 21 im Februar anerkannten Asylbewerbern in Deutschland an. Das bedeutet eine Erfolgsquote von gerade mal 0,7 Prozent bei 2.835 Anträgen, 61 Prozent wurden direkt zurückgewiesen.

Joachim Köhn, Leiter der Außenstelle Bielefeld des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), führt dies unter anderem auf geänderte gesetzli-

che Grundlagen zurück. So können Flüchtlinge, die über als sicher anerkannte Drittstaaten nach Deutschland kommen, seit 1993 keine Vollanerkennung des Asylstatus bekommen. Das Zuwanderungsgesetz vom 1. 1. 2005 schränkt die Möglichkeiten der Asylbewerber zur Anerkennung weiter ein. 1993 gab es 477.000 Asylverfahren, 2005 waren es noch 43.000. „Ich sehe den Hauptgrund in der Befriedung des Balkans“, sagt Köhn.

Bernd Mesovic, rechtspolitischer Referent beim Verein Pro Asyl in Frankfurt, sieht das ganz anders: „Deutschland und Europa beteiligen sich immer weni-

ger an der Lösung des Weltflüchtlingsproblems.“ Das Prinzip des sicheren Drittlandes stellt er in Frage: „Wenn etwa ein Tschetschene über Polen nach Deutschland kommt, kann die Bundesrepublik ihn zurück zum Nachbarn abschieben. Die Polen haben aber gar keine Regelungen für tschetschenische Flüchtlinge.“ Da versuchten sich viele lieber als „Illegale“.

Mit Blick auf 61 Prozent abgelehnte Anträge kritisiert Pro Asyl auch die Bearbeitungspraxis: „Ein Großteil der Entscheidungen wird schlampig getroffen. Es geht nicht mehr um Einzelschicksale.“

Dass Deutschland eine Abschottungspolitik verfolge, bestreitet das Bundesinnenministerium. „Die humanitären Rechte haben sich nicht verschlechtert“, sagt Sprecherin Ingrid von Stumm. „Mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir ein Instrument gegen Missbrauch des Asylrechts durch Schleuserkriminalität oder die Verschleierung der Identität geschaffen.“ Nach wie vor machten sich Einzelprüfer ein genaues Bild von jedem Fall. „Ich glaube eher, dass es die Migrationspfade nicht mehr gibt“, so von Stumm. „Wo wenige Flüchtlinge sind, kommen auch immer weniger hin.“